

# Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen.

Von

LUDWIG MISES.

Einleitung S. 86. — I. Die Verteilung der Konsumgüter im sozialistischen Gemeinwesen S. 87. — II. Das Wesen der Wirtschaftsrechnung S. 93. — III. Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen S. 104. — IV. Verantwortung und Initiative im gemeinwirtschaftlichen Betrieb S. 109. — V. Die jüngste sozialistische Doktrin und das Problem der Wirtschaftsrechnung S. 114. — Schluß S. 119.

Viele Sozialisten haben sich nie mit nationalökonomischen Fragen befaßt, haben es nie versucht, sich über die Bedingungen, unter denen die Menschen wirtschaften, Klarheit zu verschaffen. Andere wieder haben sich sehr eingehend mit der Volkswirtschaft der Vergangenheit und der Gegenwart beschäftigt und haben sich bemüht, ein System der Wirtschaft der »bürgerlichen« Gesellschaft aufzustellen. Sie schwelgten in der Kritik der ökonomischen Verhältnisse der »freien« Wirtschaft, haben es aber regelmäßig unterlassen, die ätzende Schärfe, die sie hier — nicht immer mit Erfolg — bekundet haben, auch auf die Oekonomie der angestrebten sozialistischen Gesellschaft anzuwenden. In den farbenprächtigen Schilderungen der Utopisten kommt das eigentlich Oekonomische immer zu kurz. Sie verkünden, daß in ihrem Schlaraffenland die gebratenen Tauben den Genossen in den Mund fliegen werden, aber sie unterlassen es leider zu zeigen, auf welche Weise dieses Wunder zustande kommen soll. Wo sie im Oekonomischen deutlicher zu werden beginnen, leiden sie schnell Schiffbruch — man erinnere sich etwa an Proudhons Tauschbank-Phantasien —, so daß es nicht schwer fällt, ihre logischen Schnitzer aufzuzeigen. Wenn der Marxismus seinen

Gläubigen feierlich verboten hat, sich mit den Problemen der Wirtschaft, die jenseits der Expropriation der Expropriateure liegt, zu befassen, so hat er damit eigentlich nichts Besonderes getan, denn auch die »Utopisten« haben in ihren Schilderungen das Wirtschaftliche vernachlässigt und ihre Aufmerksamkeit allein der Ausmalung der äußeren Zustände und der selbstverständlich günstigsten Folgen der Neuordnung der Dinge zugewendet.

Gleichviel nun, ob man das Kommen des Sozialismus als eine unentrinnbare Notwendigkeit der menschlichen Entwicklung erkennt oder nicht, und ob man von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel höchstes Glück oder tiefstes Unglück für die Menschen erwartet, wird man doch zugeben müssen, daß Untersuchungen über die Bedingungen eines Wirtschaftsbetriebes auf sozialistischer Grundlage nicht nur »für eine gute Denkübung und für ein Mittel, politische Klarheit und Beständigkeit zu fördern«<sup>1)</sup> zu halten sind. In einer Zeit, da wir uns dem Sozialismus immer mehr und mehr nähern, ja in gewissem Sinne schon in ihm mitten drin stehen, gewinnt die Untersuchung der Probleme der sozialistischen Wirtschaft auch Bedeutung für die Erklärung dessen, was um uns herum vorgeht. Für das Verständnis der volkswirtschaftlichen Erscheinungen des heutigen Deutschland und seiner östlichen Nachbarländer reicht das, was uns die Analyse der Verkehrswirtschaft an die Hand gibt, lange nicht mehr aus. Wir müssen hier schon in recht beträchtlichem Umfange Elemente des sozialistischen Gemeinwesens heranziehen. Versuche, sich über das Wesen der sozialistischen Wirtschaft Klarheit zu verschaffen, bedürfen unter solchen Umständen keiner besonderen Rechtfertigung.

I. In der sozialistischen Gemeinschaft sind alle Produktionsmittel Eigentum des Gemeinwesens. Das Gemeinwesen allein kann über sie verfügen und ihre Verwendung in der Produktion bestimmen. Selbstredend wird das Gemeinwesen seine Befugnisse nur durch ein besonderes Organ auszuüben imstande sein, da es auf andere Weise nicht handelnd auftreten kann. Wie dieses Organ gebildet wird und wie in ihm und durch es der Gesamtwillen zum Ausdruck gelangt, ist für uns von untergeordneter Bedeutung. Man mag etwa an die Wahl des Organs und, falls

<sup>1)</sup> Vgl. K a u t s k y, »Die soziale Revolution. 3. Aufl. Berlin 1911. II. S. 1.

es aus mehr als einer Einzelperson bestehen sollte, an Mehrheitsbeschlüsse der Körperschaftsmitglieder denken.

Der Eigentümer von Produktivgütern, der produziert hat und damit Eigentümer von Genußgütern geworden ist, hat nun die Wahl, entweder selbst zu konsumieren oder andere konsumieren zu lassen. Dem Gemeinwesen als Eigentümer von Genußgütern, die es durch die Produktion gewonnen hat, steht solche Wahl nicht zu. Es kann nicht selbst genießen, es muß Menschen genießen lassen. Wer soll genießen und was soll jeder genießen, das ist das sozialistische Verteilungsproblem.

Für den Sozialismus ist charakteristisch, daß die Verteilung der Genußgüter von der Produktion und ihren ökonomischen Bedingungen unabhängig sein muß. Es ist mit dem Wesen des Gemeineigentums an den Produktivgütern unvereinbar, auch nur ein Stück der Verteilung auf die ökonomische Zurechnung des Ertrages an die einzelnen Produktionsfaktoren zu stützen. Es wäre undenkbar, etwa vorweg dem Arbeiter den »vollen Ertrag« seiner Arbeit zukommen zu lassen und dann die Anteile der sachlichen Produktionsfaktoren einer besonderen Verteilung zu unterziehen. Denn es liegt, wie noch zu zeigen sein wird, im Wesen der sozialistischen Produktionsweise, daß in ihr die Anteile der einzelnen Produktionsfaktoren am Ertrage der Produktion überhaupt nicht ermittelt werden können, daß sie jeder rechnerischen Ueberprüfung des Verhältnisses zwischen Produktionsaufwand und Produktionsertrag unzugänglich ist.

Welcher Grundsatz für die Zuweisung der Genußgüter an die einzelnen Genossen gewählt wird, ist für die Betrachtung der Probleme, die uns beschäftigen, ziemlich nebensächlich. Ob man dem Einzelnen nach seinen Bedürfnissen zumessen will, so daß der, der größere Bedürfnisse hat, mehr erhält als der, der kleinere hat, oder ob man die Würdigkeit des Einzelnen berücksichtigt, so daß der Bessere mehr bekommt als der Schlechtere, oder ob man in der tunlichst gleichmäßigen Verteilung das Ideal erblickt, so daß jeder möglichst die gleiche Menge erhält, oder ob man die dem Gemeinwesen geleisteten Dienste zum Maßstab der Verteilung nehmen will, so daß dem Fleißigeren mehr zukommt als dem Trägeren, immer wird die Sache so sein, daß jeder vom Gemeinwesen eine Zuweisung empfängt.

Nehmen wir der Einfachheit wegen an, daß die Zuweisung nach dem Grundsatz gleicher Behandlung aller Glieder der

Gesellschaft erfolgt; es ist nicht schwer, sich dann einzelne Korrekturen hinzuzudenken, die den Empfang je nach Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand, besonderen Berufsnotwendigkeiten u. dgl. abstufen. Der Genosse erhält etwa ein Bündel von Anweisungen, die innerhalb einer bestimmten Zeit gegen eine bestimmte Menge verschiedener bestimmter Güter eingelöst werden. So kann er dann täglich mehrmals speisen, ständig Unterkunft finden, dann und wann Vergnügungen nachgehen, von Zeit zu Zeit ein neues Kleidungsstück empfangen. Ob die auf diese Weise vermittelte Versorgung der Bedürfnisse mehr oder weniger reich ausfällt, wird von der Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit abhängen.

Es ist nicht notwendig, daß jeder seinen ganzen Anteil auch selbst verzehrt. Er kann einiges davon ungenossen verderben lassen, verschenken oder, sofern dies mit der Beschaffenheit des Gutes vereinbar ist, für späteren Bedarf aufheben. Er kann aber auch einiges vertauschen. Der Biertrinker wird auf die ihm zukommenden alkoholfreien Getränke gerne verzichten, wenn er mehr Bier erhalten kann; der Abstinenter wird bereit sein, auf seinen Teil an geistigen Getränken zu verzichten, wenn er dafür andere Genüsse zu erwerben vermag. Der Kunstfreund wird auf den Besuch der Lichtspieltheater verzichten wollen, um öfter gute Musik hören zu können; der Banause wird den Wunsch haben, die Karten, die ihn zum Eintritt in die Stätten guter Kunst berechtigen, gegen Genüsse, für die er mehr Verständnis hat, hinzugeben. Sie alle werden zum Tauschen bereit sein. Gegenstand des Tauschverkehrs werden aber immer nur Genußgüter sein können. Die Produktivgüter stehen in der sozialistischen Gesellschaft ausschließlich im Eigentum der Gesamtheit; sie sind unveräußerliches Gemeineigentum und daher *res extra commercium*.

Der Tauschverkehr kann sich auch im engen Rahmen, den ihm die sozialistische Gesellschaftsordnung zuweist, vermittelt abspielen. Es ist nicht notwendig, daß er sich immer in den Formen des direkten Tausches abwickelt. Die gleichen Gründe, die auch sonst zur Herausbildung des indirekten Tausches geführt haben, werden ihn auch in der sozialistischen Gesellschaft im Interesse der Tauschenden als vorteilhaft erscheinen lassen. Daraus folgt, daß die sozialistische Gesellschaft auch Raum bietet für die Verwendung eines allgemein gebräuchlichen Tausch-

mittels, des Geldes. Seine Rolle wird in der sozialistischen Wirtschaft grundsätzlich dieselbe sein wie in der freien Wirtschaft; in beiden ist es der allgemein gebräuchliche Tauschvermittler. Doch die Bedeutung dieser Rolle ist in der auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung eine andere als in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden. Sie ist hier unvergleichlich geringer, weil der Tausch in dieser Gesellschaft eine viel geringere Bedeutung hat, weil er hier überhaupt nur Konsumgüter erfaßt. Da kein Produktivgut im Tauschverkehre umgesetzt wird, wird es unmöglich, Geldpreise der Produktivgüter zu erkennen. Die Rolle, die das Geld in der freien Wirtschaft auf dem Gebiete der Produktionsrechnung spielt, kann es in der sozialistischen Gemeinschaft nicht behalten. Die Wertrechnung in Geld wird hier unmöglich.

Die Austauschverhältnisse, die sich im Verkehre zwischen den Genossen herausbilden, können von der Leitung der Produktion und Verteilung nicht unbeachtet gelassen werden. Sie muß diese Austauschverhältnisse zugrunde legen, wenn sie bei der Zuweisung der Kopfanteile verschiedene Güter wechselseitig vertretbar machen will. Wenn sich im Tauschverkehr das Verhältnis 1 Zigarre gleich 5 Zigaretten ausgebildet hat, so könnte die Leitung nicht ohne weiteres erklären, 1 Zigarre sei gleich 3 Zigaretten, um nach diesem Verhältnis den einen nur Zigarren, den anderen nur Zigaretten zuzuweisen. Wenn die Tabakanweisung nicht gleichmäßig für jedermann zu einem Teil in Zigarren und zum andern in Zigaretten eingelöst werden soll, wenn, entweder weil sie es so wünschen oder weil die Einlösungsstelle augenblicklich nicht anders kann, die einen nur Zigarren, die andern nur Zigaretten erhalten sollen, dann müßten dabei die Austauschverhältnisse des Marktes berücksichtigt werden. Sonst würden dabei alle, die Zigaretten empfangen haben, denen gegenüber, die Zigarren empfangen haben, benachteiligt werden. Denn der, der eine Zigarre empfangen hat, kann dafür fünf Zigaretten eintauschen, während ihm die Zigarre nur mit drei Zigaretten berechnet wird.

Veränderungen der Austauschverhältnisse im Verkehre zwischen den Genossen werden mithin die Wirtschaftsleitung zu entsprechenden Änderungen in den Ansätzen für die Vertretbarkeit der verschiedenen Genußgüter veranlassen müssen.

Jede solche Veränderung zeigt an, daß das Verhältnis zwischen den einzelnen Bedürfnissen der Genossen und ihrer Befriedigung sich verschoben hat, daß die einen Güter nun stärker begehrt werden als die andern. Die Wirtschaftsleitung wird wohl voraussichtlich bestrebt sein, dies auch in der Produktion zu beachten. Sie wird darnach streben, die Erzeugung der stärker begehrten Artikel zu erweitern, die der schwächer begehrten einzuschränken. Aber eines wird sie nicht tun können: sie wird es nicht dem einzelnen Genossen überlassen dürfen, seine Tabakkarte nach Belieben entweder in Zigarren oder in Zigaretten einzulösen. Würde sie dem Genossen das Recht geben, zu wählen, ob er Zigarren oder Zigaretten beziehen will, dann könnte es geschehen, daß mehr Zigarren oder mehr Zigaretten verlangt werden als erzeugt wurden, daß anderseits aber Zigaretten oder Zigarren in den Abgabestellen liegen bleiben, weil sie niemand abverlangt hat.

Stellt man sich auf den Standpunkt der Arbeitswerttheorie, dann gibt es für dieses Problem freilich eine einfache Lösung. Der Genosse empfängt für die geleistete Arbeitsstunde eine Marke, die ihn zur Empfangnahme des Produktes einer Arbeitsstunde, gemindert um den Abzug für die Bestreitung der der gesamten Gesellschaft obliegenden Lasten wie Unterhalt der Erwerbsunfähigen, Kulturausgaben u. dgl., berechtigt. Nimmt man den Abzug für die Deckung des von der Gemeinschaft zu tragenden Aufwandes mit der Hälfte des Arbeitsproduktes an, dann hätte jeder Arbeiter, der eine Stunde gearbeitet hat, das Recht, Produkte, zu deren Erzeugung eine halbe Stunde Arbeit aufgewendet wurde, zu empfangen. Die gebrauchts- oder verbrauchsreifen Güter und Nutzleistungen können vom Markt von jedermann, der imstande ist, für sie das Doppelte der für ihre Erzeugung aufgewendeten Arbeitszeit zu vergüten; herausgenommen und dem eigenen Verbrauch oder Gebrauch zugeführt werden. Für die Klarstellung unserer Probleme wird es besser sein, wenn wir annehmen, daß die Gemeinschaft dem Arbeiter vorweg keinen Abzug für die Bestreitung des ihr obliegenden Aufwandes macht, vielmehr die Mittel, die sie benötigt, durch eine Einkommensbesteuerung ihrer arbeitenden Glieder beschafft. Es würde also jeder geleisteten Arbeitsstunde das Recht gegeben werden, Güter, zu deren Erzeugung eine Stunde Arbeit aufgewendet werden mußte, an sich zu ziehen.

Eine defartige Regelung der Verteilung wäre jedoch undurchführbar, da die Arbeit keine einheitliche und gleichartige Größe darstellt. Zwischen den verschiedenen Arbeitsleistungen besteht qualitativ ein Unterschied, der mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Gestaltung von Nachfrage und Angebot nach ihren Erzeugnissen zu verschiedener Bewertung führt. Man kann das Angebot an Bildern *ceteris paribus* nicht vermehren, ohne daß die Qualität des Erzeugnisses leidet. Man kann dem Arbeiter, der eine Stunde einfachster Arbeit geleistet hat, nicht das Recht geben, das Produkt einer Stunde höher qualifizierter Arbeit zu verzehren. Es ist im sozialistischen Gemeinwesen überhaupt unmöglich, zwischen der Bedeutung einer Arbeitsleistung für die Gesellschaft und ihrer Beteiligung am Ertrag des gesellschaftlichen Produktionsprozesses eine Verbindung herzustellen. Die Entlohnung der Arbeit kann hier nur willkürlich sein; auf der wirtschaftlichen Zurechnung des Ertrages wie in der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden freien Verkehrswirtschaft kann man sie nicht aufbauen, da, wie wir sehen werden, die Zurechnung im sozialistischen Gemeinwesen nicht möglich ist. Die ökonomischen Tatsachen ziehen der Macht der Gesellschaft, die Entlohnung des Arbeiters nach Belieben festzusetzen, eine feste Grenze: auf keinen Fall wird die Lohnsumme auf die Dauer das gesellschaftliche Einkommen übersteigen können. Innerhalb dieser Grenze aber kann sie frei schalten. Sie kann ohne weiteres festsetzen, daß alle Arbeiten als gleichwertig erachtet werden, so daß für jede Arbeitsstunde, ohne Unterschied ihrer Qualität, dieselbe Vergütung geleistet wird; sie kann ebensogut eine Unterscheidung zwischen den einzelnen Arbeitsstunden je nach der Qualität der geleisteten Arbeit machen. Doch in beiden Fällen müßte sie es sich vorbehalten, über die Verteilung der Arbeitsprodukte besonders zu verfügen. Daß der, der eine Arbeitsstunde geleistet hat, auch berechtigt sein sollte, das Produkt einer Arbeitsstunde zu konsumieren, könnte sie — auch wenn man von der Verschiedenheit der Qualität der Arbeit und ihrer Erzeugnisse absehen und überdies annehmen wollte, daß es möglich sei, festzustellen, wieviel Arbeit in jedem Arbeitsprodukt steckt — nie verfügen. Denn in den einzelnen wirtschaftlichen Gütern sind außer der Arbeit auch Sachkosten enthalten. Ein Erzeugnis, für welches mehr Rohstoff verwendet wurde,

kann nicht einem anderen gleichgesetzt werden, für das weniger Rohstoff gebraucht wurde.

II. Jedermann, der, im wirtschaftlichen Leben handelnd, zwischen der Befriedigung zweier Bedürfnisse, von denen nur das eine befriedigt werden kann, wählt, setzt Werturteile. Die Werturteile erfassen zunächst und unmittelbar nur die Bedürfnisbefriedigung selbst; von dieser gehen sie auf die Güter erster Ordnung und dann weiter auf die Güter höherer Güterordnungen zurück. In der Regel ist der seiner Sinne mächtige Mensch ohne weiteres in der Lage, die Güter erster Ordnung zu bewerten. Unter einfachen Verhältnissen gelingt es ihm auch ohne Mühe, sich über die Bedeutung, die die Güter höherer Ordnung für ihn haben, ein Urteil zu bilden. Wo aber die Lage der Dinge etwas verwickelter wird und die Zusammenhänge schwieriger zu durchblicken sind, müssen feinere Erwägungen angestellt werden, um die Bewertung von Produktionsmitteln richtig — natürlich nur im Sinne des wertenden Subjektes und nicht in einem objektiven, irgendwie allgemein gültigen Sinne gesprochen — durchzuführen. Es mag dem isoliert wirtschaftenden Landwirt nicht schwer fallen, eine Entscheidung zwischen der Erweiterung der Viehhaltung und der Ausdehnung der Jagdtätigkeit zu treffen. Die einzuschlagenden Produktionswege sind hier noch verhältnismäßig kurz, und der Aufwand, den sie erfordern, und der Ertrag, den sie in Aussicht stellen, können leicht überblickt werden. Aber ganz anders ist es, wenn man etwa zwischen der Nutzbarmachung eines Wasserlaufs für die Erzeugung von elektrischer Kraft und der Ausdehnung des Kohlenbergbaues und der Schaffung von Anlagen zur besseren Ausnützung der in den Kohlen steckenden Energie wählen soll. Hier sind der Produktionsumwege sehr viele, und jeder einzelne von ihnen ist so lange, hier sind die Bedingungen für den Erfolg der einzuleitenden Unternehmungen so vielfältig, daß man es keinesfalls mit bloß vagen Schätzungen bewenden lassen kann, und es genauer Berechnungen bedarf, um sich über die Wirtschaftlichkeit des Vorgehens ein Urteil zu bilden.

Rechnen kann man nur mit Einheiten. Eine Einheit des subjektiven Gebrauchswertes der Güter kann es aber nicht geben. Der Grenznutzen stellt keine Werteinheit dar, da bekanntlich der Wert zweier Einheiten aus einem gegebenen Vorrat

nicht doppelt so groß ist als der einer Einheit, sondern notwendig größer sein muß. Das Werturteil mißt nicht, es stuft ab, es skaliert<sup>2)</sup>. Auch der isolierte Wirt einer verkehrslosen Wirtschaft kann daher, wenn er dort, wo das Werturteil nicht unmittelbar evident aufscheint, eine Entscheidung treffen soll und sein Urteil nur auf einer mehr oder weniger genauen Rechnung aufbauen muß, nicht mit dem subjektiven Gebrauchswert allein operieren; er muß Substitutionsbeziehungen zwischen den Gütern konstruieren, an deren Hand er dann rechnen kann. Es wird ihm dabei in der Regel nicht gelingen, alles auf eine Einheit zurückzuführen. Doch er wird, sobald es ihm nur überhaupt glückt, alle in die Rechnung einzubeziehenden Elemente auf solche wirtschaftliche Güter zurückzuführen, die von einem unmittelbar evidenten Werturteil erfaßt werden können, also auf die Güter erster Ordnung und auf das Arbeitsleid, für seine Rechnung damit das Auslangen finden: Daß das nur in recht einfachen Verhältnissen möglich ist, leuchtet wohl ein. Für verwickeltere und längere Produktionsverfahren würde das keineswegs ausreichen.

In der Verkehrswirtschaft tritt der objektive Tauschwert der Güter als Einheit der Wirtschaftsrechnung in Erscheinung. Das bringt dreifachen Vorteil. Einmal ermöglicht es, die Rechnung auf der Wertung aller am Verkehr teilnehmenden Wirte aufzubauen. Der subjektive Gebrauchswert des einzelnen ist als rein individuelle Erscheinung unmittelbar mit dem subjektiven Gebrauchswert anderer Menschen nicht vergleichbar. Er wird es erst im Tauschwert, der aus dem Zusammenspiel der subjektiven Wertschätzung aller am Tauschverkehr teilnehmenden Wirte entsteht. Dann aber bringt die Rechnung nach Tauschwert eine Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung der Güter. Wer einen komplizierten Produktionsprozeß kalkulieren will, merkt es gleich, ob er wirtschaftlicher als die anderen arbeitet oder nicht; kann er im Hinblick auf die auf dem Markte herrschenden Austauschverhältnisse die Produktion nicht rentabel durchführen, so liegt darin der Hinweis darauf, daß andere die fraglichen Güter höherer Ordnung besser zu verwerten verstehen. Endlich aber ermöglicht die Rechnung nach Tauschwert die Zurückführung der Werte auf eine Einheit. Dafür kann, da die Güter untereinander nach der Aus-

<sup>2)</sup> Vgl. C u h e l, Zur Lehre von den Bedürfnissen. Innsbruck 1907, S. 198 ff.

tauschrelation des Marktes substituierbar sind, jedes beliebige Gut gewählt werden. In der Geldwirtschaft wird hier das Geld gewählt.

Die Geldrechnung hat ihre Grenzen. Das Geld ist kein Maßstab des Wertes, auch kein Maßstab des Preises. Der Wert wird ja nicht in Geld gemessen. Auch die Preise werden nicht in Geld gemessen, sie bestehen in Geld. Das Geld ist als wirtschaftliches Gut nicht »wertstabil«, wie man bei seiner Verwendung als standard of deferred payments naiv annehmen pflegt. Das zwischen den Gütern und dem Gelde bestehende Austauschverhältnis ist beständigen, wenn auch in der Regel nicht allzuheftigen Schwankungen, die nicht nur von Seite der übrigen wirtschaftlichen Güter, sondern auch von Seite des Geldes herrühren, unterworfen. Das stört freilich die Wertrechnung am allerwenigsten, die ja im Hinblick auf die nie rastenden Veränderungen der übrigen wirtschaftlichen Bedingungen nur kurze Zeiträume ins Auge zu fassen pflegt, Zeiträume, in denen wenigstens das »gute« Geld in der Regel nur kleineren Schwankungen der Austauschverhältnisse von seiner Seite her zu unterliegen pflegt. Die Unzulänglichkeit der Geldrechnung des Wertes stammt zum Hauptteil nicht daher, daß in einem allgemein gebräuchlichen Tauschmittel, im Geld, gerechnet wird, sondern daher, daß es überhaupt der Tauschwert ist, der der Rechnung zugrunde gelegt wird, und nicht der subjektive Gebrauchswert. So können in die Rechnung alle jene wertbestimmenden Momente nicht eingehen, die außerhalb des Austauschverkehrs stehen. Wer die Rentabilität des Ausbaues einer Wasserkraft berechnet, kann in diese Rechnung die Schönheit des Wasserfalles, die unter der Anlage leiden müßte, nicht einsetzen, es wäre denn, daß er etwa den Rückgang des Fremdenverkehrs u. dgl., was im Verkehr seinen Tauschwert hat, berücksichtigt. Und doch liegt hier ein Umstand vor, der bei der Frage, ob der Bau ausgeführt werden soll oder nicht, mit in Erwägung gestellt wird. Man pflegt diese Momente als »außerwirtschaftliche« zu bezeichnen. Das mag zutreffen. Ueber Terminologien soll nicht gestritten werden. Aber unrationell darf man die Erwägungen, die dazu führen, auch sie zu berücksichtigen, nicht bezeichnen. Die Schönheit einer Gegend oder eines Gebäudes, die Gesundheit, das Glück und die Zufriedenheit von Menschen, die Ehre einzelner oder ganzer Völker, sind,

wenn sie von den Menschen als bedeutungsvoll erkannt werden, auch dann, wenn sie nicht im Verkehr substituierbar erscheinen und daher in kein Tauschverhältnis eingehen, ebenso Motive des rationellen Handelns wie die im eigentlichen Sinne wirtschaftlichen. Daß die Geldrechnung sie nicht erfassen kann, ist in ihrem Wesen gelegen, kann aber die Bedeutung der Geldrechnung für unser wirtschaftliches Tun und Lassen nicht herabmindern. Denn alle jene ideellen Güter sind Güter erster Ordnung, sie können von unserem Werturteil unmittelbar erfaßt werden, und es macht daher keine Schwierigkeiten, sie zu berücksichtigen, auch wenn sie außerhalb der Geldrechnung bleiben müssen. Daß die Geldrechnung sie nicht berücksichtigt, macht ihre Beachtung im Leben nicht schwerer, sie erleichtert sie eher. Wenn wir genau wissen, wie teuer uns die Schönheit, die Gesundheit, die Ehre, der Stolz zu stehen kommen, kann uns nichts hindern, sie entsprechend zu berücksichtigen. Es mag einem zartfühlenden Gemüt peinlich scheinen, ideelle Güter gegen materielle abwägen zu müssen. Aber daran ist nicht die Geldrechnung schuld, das liegt im Wesen der Dinge. Auch wo unmittelbar ohne Wert- und Geldrechnung Werturteile gesetzt werden, kann man die Wahl zwischen materieller und ideeller Befriedigung nicht umgehen. Auch der isolierte Wirt, auch die sozialistische Gesellschaft müssen zwischen »ideellen« und »materiellen« Gütern wählen. Edle Naturen werden es nie peinlich empfinden, wenn sie zwischen Ehre und etwa Nahrung zu wählen haben. Sie werden wissen, wie sie in solchen Fällen zu handeln haben. Wenn man Ehre auch nicht essen kann, so kann man doch auf Essen um der Ehre willen verzichten. Nur die, die der Qual solcher Wahl enthoben sein wollen, weil sie sich nicht entschließen könnten, um ideeller Vorteile willen auf materielle Genüsse zu verzichten, sehen in der Wahl an sich schon eine Profanation der wahren Werte.

Die Geldrechnung hat nur in der Wirtschaftsführung Sinn. Hier wendet man sie an, um die Verfügung über wirtschaftliche Güter den Regeln der Wirtschaftlichkeit anzupassen. Die wirtschaftlichen Güter treten dabei in sie nur in jenen Mengen ein, die gegen Geld ausgetauscht werden. Jede Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldrechnung führt zu Mißgriffen. Die Geldrechnung versagt, wenn man sie in geschichtlichen Untersuchungen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhält-

nisse als Maßstab der Güterwelt zu verwenden sucht, sie versagt, wenn man an ihrer Hand Volksvermögen und Volkseinkommen zu schätzen sucht, wenn man mit ihr den Wert von Gütern berechnen will, die außerhalb des Tauschverkehrs stehen, wie etwa, wenn man die Menschenverluste durch Auswanderung oder durch Kriege in Geld zu berechnen strebt <sup>3)</sup>. Das sind dilettantische Spielereien, mögen sie auch mitunter von sehr einsichtigen Nationalökonomern betrieben werden.

Doch innerhalb dieser Grenzen, die sie im wirtschaftlichen Leben nie überschreitet, leistet die Geldrechnung all das, was wir von der Wirtschaftsrechnung verlangen müssen. Sie gibt uns einen Wegweiser durch die erdrückende Fülle der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Sie gestattet uns, das Werturteil, das sich in unmittelbarer Evidenz nur an die genußreifen Güter und bestenfalls noch an die Produktivgüter der niedrigsten Güterordnungen knüpft, auf alle Güter höherer Ordnung auszudehnen. Sie macht den Wert rechenbar, sie gibt uns damit erst die Grundlagen für alles Wirtschaften mit Gütern höherer Ordnung. Hätten wir sie nicht, dann wäre alles Produzieren mit weit ausholenden Prozessen, dann wären alle längeren kapitalistischen Produktionsumwege ein Tappen im Dunkeln.

Zwei Bedingungen sind es, die die Wertrechnung in Geld ermöglichen. Zunächst müssen nicht nur die Güter erster Ordnung, sondern auch die Güter höherer Ordnung, soweit sie von ihr erfaßt werden sollen, im Tauschverkehr stehen. Stünden sie nicht im Tauschverkehr, dann würde es nicht zur Bildung von Austauschverhältnissen kommen. Es ist wahr, auch die Erwägungen, die der isolierte Wirt anstellen muß, wenn er innerhalb seines Hauses durch Produktion Arbeit und Mehl gegen Brot eintauschen will, sind von jenen, die er anstellt, wenn er auf dem Markte Brot gegen Kleider eintauschen will, nicht verschieden, und man ist daher in gewissem Sinne im Recht, wenn man jedes wirtschaftliche Handeln, also auch das Produzieren des isolierten Wirtes, als Tausch bezeichnet <sup>4)</sup>. Doch der Geist eines Menschen allein — und sei es auch der genialste — ist zu schwach, um die Wichtigkeit eines jeden einzelnen von un-

<sup>3)</sup> Vgl. dazu Wieser, Ueber den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes. Wien 1884, S. 185 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel. München und Leipzig 1912, S. 16, und die dort Zitierten.

endlich vielen Gütern höherer Ordnung zu erfassen. Kein einzelner kann die unendliche Fülle verschiedener Produktionsmöglichkeiten dermaßen beherrschen, daß er imstande wäre, ohne Hilfsrechnung unmittelbar evidente Werturteile zu setzen. Die Verteilung der Verfügungsgewalt über die wirtschaftlichen Güter der arbeitsteilig wirtschaftenden Sozialwirtschaft auf viele Individuen bewirkt eine Art geistiger Arbeitsteilung, ohne die Produktionsrechnung und Wirtschaft nicht möglich wären.

Die zweite Bedingung ist die, daß ein allgemein gebräuchliches Tauschmittel, ein Geld, in Verwendung steht, das auch im Austausch der Produktionsgüter seine Vermittlerrolle spielt. Wäre dies nicht der Fall, dann wäre es nicht möglich, alle Austauschverhältnisse auf einen einheitlichen Nenner zurückzuführen.

Nur unter einfachen Verhältnissen vermag die Wirtschaft ohne Geldrechnung auszukommen. In der Enge der geschlossenen Hauswirtschaft, wo der Familienvater das ganze wirtschaftliche Getriebe zu überblicken vermag, kann man die Bedeutung von Veränderungen des Erzeugungsverfahrens auch ohne die Stütze, die sie dem Geist gewährt, mehr oder weniger genau abschätzen. Der Produktionsprozeß wickelt sich hier unter verhältnismäßig geringer Anwendung von Kapital ab. Er schlägt wenig kapitalistische Produktionsumwege ein; was erzeugt wird, sind in der Regel Genußgüter oder doch den Genußgütern nicht allzu fernstehende Güter höherer Ordnung. Die Arbeitsteilung ist noch in den allerersten Anfängen; ein und derselbe Arbeiter bewältigt die Arbeit eines ganzen Produktionsverfahrens von seinem Anfang bis zur Vollendung des genußreifen Gutes. Das alles ist in der entwickelten gesellschaftlichen Produktion anders. Es geht nicht an, in den Erfahrungen einer längst überwundenen Zeit einfacher Produktion ein Argument für die Möglichkeit, im Wirtschaften ohne Geldrechnung auszukommen, zu suchen.

Denn in den einfachen Verhältnissen der geschlossenen Hauswirtschaft kann man den ganzen Weg vom Beginn des Produktionsprozesses bis zu seiner Vollendung übersehen und immer beurteilen, ob das eine oder das andere Verfahren mehr genußreife Güter gibt. Das ist in den unvergleichlich verwickelteren Verhältnissen unserer Wirtschaft nicht mehr möglich. Es wird auch für die sozialistische Gesellschaft ohne weiteres klar sein, daß 1000 hl Wein besser sind als 800 hl, und sie kann

ohne weiteres die Entscheidung treffen, ob ihr 1000 hl Wein lieber sind als 500 hl Oel oder nicht. Um dies festzustellen, bedarf es keiner Rechnung; hier entscheidet der Willen der handelnden Wirtschaftssubjekte. Aber wenn einmal diese Entscheidung gefällt ist, dann beginnt erst die eigentliche Aufgabe der rationellen Wirtschaftsführung: die Mittel in ökonomischer Weise in den Dienst der Zwecke zu stellen. Das kann nur mit Hilfe der Wirtschaftsrechnung geschehen. Der menschliche Geist kann sich in der verwirrenden Fülle der Zwischenprodukte und der Produktionsmöglichkeiten nicht zurecht finden, wenn ihm diese Stütze fehlt. Er stünde allen Verfahrens- und Standortfragen ratlos gegenüber <sup>5)</sup>.

Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, man könnte die Geldrechnung in der sozialistischen Wirtschaft durch die Naturalrechnung ersetzen. Die Naturalrechnung kann in der verkehrslosen Wirtschaft immer nur die genußreifen Güter erfassen, sie versagt vollkommen bei allen Gütern höherer Ordnung. Sobald man die freie Geldpreisbildung der Güter höherer Ordnung aufgibt, hat man rationelle Produktion überhaupt unmöglich gemacht. Jeder Schritt, der uns vom Sondereigentum an den Produktionsmitteln und vom Geldgebrauch wegführt, führt uns auch von der rationellen Wirtschaft weg.

Man konnte dies übersehen, weil all das, was wir vom Sozialismus bereits um uns herum verwirklicht sehen, nur sozialistische Oasen in der bis zu einem gewissen Grade doch immerhin noch freien Wirtschaft mit Geldverkehr sind. In dem e i n e n Sinne kann der im übrigen haltlosen und nur aus agitatorischen Gründen vertretenen Behauptung der Sozialisten, daß die Verstaatlichung und Verstädtlichung von Unternehmungen noch kein Stück Sozialismus darstelle, zugestimmt werden, daß nämlich diese Betriebe in ihrer Geschäftsführung durch den sie umgebenden Wirtschaftsorganismus des freien Verkehrs soweit gestützt werden, daß die wesentliche Eigentümlichkeit sozialistischer Wirtschaft bei ihnen gar nicht zutage treten konnte. In Staats- und Gemeindebetrieben werden technische Verbesserungen durchgeführt, weil man ihre Wirkung in gleichartigen privaten Unternehmungen des In- und Auslandes beobachten kann, und weil die Privatindustrie, die die Behelfe dieser Ver-

<sup>5)</sup> Vgl. Gottl-Ott-Jilienfeld, Wirtschaft und Technik (Grundriß der Sozialökonomik. II. Abteilung. Tübingen 1914), S. 216.

besserungen erzeugt, den Anstoß zu ihrer Einführung gibt. Man kann in diesen Betrieben die Vorteile von Umgestaltungen feststellen, weil sie rings umgeben sind von einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln und auf dem Geldverkehr beruhenden Gesellschaft, so daß sie zu rechnen und Bücher zu führen vermögen, was sozialistische Betriebe in einer rein sozialistischen Umgebung nicht könnten.

Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft. Im sozialistischen Gemeinwesen kann es, da die Durchführung der Wirtschaftsrechnung unmöglich ist, überhaupt keine Wirtschaft in unserem Sinne geben. Im Kleinen und in nebensächlichen Einzel dingen mag auch weiterhin rationell gehandelt werden. Doch im allgemeinen könnte von rationeller Erzeugung nicht mehr gesprochen werden. Es gäbe kein Mittel, zu erkennen, was rationell ist, und so könnte die Erzeugung bewußt nicht auf Wirtschaftlichkeit eingestellt werden. Was das, auch ganz abgesehen von den Folgen für die Versorgung der Menschen mit Gütern, bedeutet, ist klar. Die Rationalität des Handelns wird von dem Gebiet, auf dem ihre eigentliche Domäne liegt, verdrängt. Wird es dann überhaupt noch Rationalität des Handelns, ja überhaupt noch Rationalität und Logik im Denken geben können? Geschichtlich ist der menschliche Rationalismus aus der Wirtschaft erwachsen. Wird er sich überhaupt noch halten können, wenn er von hier verdrängt sein wird?

Eine Zeitlang mag immerhin die Erinnerung an die im Laufe der Jahrtausende freier Wirtschaft gesammelten Erfahrungen den vollen Verfall der Wirtschaftskunst aufzuhalten imstande sein. Die alten Verfahrensarten werden beibehalten werden, nicht weil sie rationell, sondern weil sie durch die Ueberlieferung geheiligt erscheinen. Sie werden mittlerweile unrationell geworden sein, weil sie den neuen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Sie werden durch die allgemeine Rückbildung des wirtschaftlichen Denkens Veränderungen erfahren, die sie unwirtschaftlich machen werden. Die Versorgung wird nicht mehr anarchisch vor sich gehen, das ist wahr. Ueber allen der Bedarfsdeckung dienenden Handlungen wird der Befehl einer obersten Stelle walten. Doch an Stelle der Wirtschaft der anarchischen Produktionsweise wird das sinnlose Gebaren eines vernunftlosen Apparates getreten sein. Die Räder werden sich drehen, doch sie werden leer laufen.

Man vergegenwärtige sich die Lage des sozialistischen Gemeinwesens. Da gibt es Hunderte und Tausende von Werkstätten, in denen gearbeitet wird. Die wenigsten von ihnen erzeugen gebrauchsfertige Waren; in der Mehrzahl werden Produktionsmittel und Halbfabrikate erzeugt. Alle diese Betriebe stehen untereinander in Verbindung. Sie durchwandert der Reihe nach jedes wirtschaftliche Gut, bis es genußreif wird. In dem rastlosen Getriebe dieses Prozesses fehlt aber der Wirtschaftsleitung jede Möglichkeit, sich zurecht zu finden. Sie kann nicht feststellen, ob das Werkstück auf dem Wege, den es zu durchlaufen hat, nicht überflüssigerweise aufgehalten wird, ob an seine Vollendung nicht Arbeit und Material verschwendet werden. Welche Möglichkeit hätte sie, zu erfahren, ob diese oder jene Erzeugungsart die vorteilhaftere ist? Sie kann bestenfalls die Güte und Menge des genußreifen Endergebnisses der Erzeugung vergleichen, aber sie wird nur in den seltensten Fällen in der Lage sein, den bei der Erzeugung gemachten Aufwand zu vergleichen. Sie weiß genau, welchen Zielen ihre Wirtschaftsführung zustreben soll oder glaubt es zu wissen, und sie soll darnach handeln, d. h., sie soll die angestrebten Ziele mit dem geringsten Aufwand erreichen. Um den billigsten Weg zu finden, muß sie rechnen. Diese Rechnung kann natürlich nur eine Wertrechnung sein; es ist ohne weiteres klar und braucht keiner näheren Begründung, daß sie nicht technisch sein, nicht auf dem objektiven Gebrauchswert (Nutzwert) der Güter und Dienstleistungen aufgebaut werden kann.

In der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung wird die Wertrechnung von allen selbständigen Gliedern der Gesellschaft geführt. Jeder mann ist an ihrem Zustandekommen in zweifacher Weise beteiligt, einmal als Verbraucher, das andere Mal als Erzeuger. Als Verbraucher setzt er die Rangordnung der gebrauchsfertigen Güter fest; als Erzeuger zieht er die Güter höherer Ordnung in jene Verwendung, in der sie den höchsten Ertrag abzuwerfen versprechen. Damit erhalten auch alle Güter höherer Ordnung die ihnen nach dem augenblicklichen Stand der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Bedürfnisse zukommende Rangordnung. Durch das Zusammenspiel der beiden Wertungsprozesse wird dafür Sorge getragen, daß das wirtschaftliche Prinzip überall, im

Verbrauch sowohl als in der Erzeugung, zur Herrschaft gelangt. Es bildet sich jenes genau abgestufte System der Preise heraus, das jedermann in jedem Augenblick gestattet, seinen eigenen Bedarf mit dem Kalkul der Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen.

Das alles fehlt notwendigerweise im sozialistischen Gemeinwesen. Die Wirtschaftsleitung mag genau wissen, was für Güter sie am dringendsten benötigt.<sup>9)</sup> Aber damit hat sie erst den einen Teil des für die Wirtschaftsrechnung Erforderlichen gefunden. Den anderen Teil, die Bewertung der Produktionsmittel, muß sie entbehren. Den Wert, der der Gesamtheit der Produktionsmittel zukommt, vermag sie festzustellen; der ist selbstverständlich gleich dem Wert, der der Gesamtheit der durch ihn befriedigten Bedürfnisse zukommt. Sie vermag auch zu berechnen, wie groß der Wert eines einzelnen Produktionsmittels ist, wenn sie die Bedeutung des Ausfalles an Bedürfnisbefriedigung berechnet, der durch seinen Wegfall entsteht. Doch sie kann ihn nicht auf einen einheitlichen Preisausdruck zurückführen, wie dies die freie Wirtschaft, in der alle Preise auf einen gemeinsamen Ausdruck in Geld zurückgeführt werden können, vermag.

In der sozialistischen Wirtschaft, die zwar nicht notwendigerweise das Geld vollständig beseitigen muß, wohl aber den Ausdruck der Preise der Produktionsmittel (einschließlich der Arbeit) in Geld unmöglich macht, kann das Geld in der Wirtschaftsrechnung keine Rolle spielen<sup>9)</sup>.

Man denke an den Bau einer neuen Eisenbahnstrecke. Soll man sie überhaupt bauen und wenn ja, welche von mehreren denkbaren Strecken soll gebaut werden? In der freien Verkehrs- und Geldwirtschaft vermag man die Rechnung in Geld aufzustellen. Die neue Strecke wird bestimmte Gütersendungen verbilligen, und man vermag nun zu berechnen, ob diese Verbilligung so groß ist, daß sie die Ausgaben, die der Bau und der Betrieb der neuen Linie erfordern, übersteigt. Das kann nur in Geld berechnet werden. Durch die Gegenüberstellung von verschie-

<sup>9)</sup> Das hat auch Neurath (Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft. München 1919, S. 216 f.) erkannt. Er stellt die Behauptung auf, daß jede vollständige Verwaltungswirtschaft letzten Endes Naturalwirtschaft ist. •Sozialisieren heißt daher die Naturalwirtschaft fördern.• Neurath übersieht nur die unüberwindbaren Schwierigkeiten, die der Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen erwachsen müssen.

denartigen Naturalausgaben und Naturalersparungen vermag man hier nicht zum Ziele zu kommen. Wenn man keine Möglichkeit hat, Arbeitsstunden verschieden qualifizierter Arbeit, Eisen, Kohle, Baumaterial jeder Art, Maschinen und andere Dinge, die Bau und Betrieb von Eisenbahnen erfordern, auf einen gemeinsamen Ausdruck zu bringen, dann kann man die Rechnung nicht durchführen. Die wirtschaftliche Trassierung ist nur möglich, wenn man alle in Betracht kommenden Güter auf Geld zurückzuführen vermag. Gewiß, die Geldrechnung hat ihre Unvollkommenheiten und ihre schweren Mängel, aber wir haben eben nichts besseres an ihre Stelle zu setzen; für die praktischen Zwecke des Lebens reicht die Geldrechnung eines gesunden Geldwesens immerhin aus. Verzichten wir auf sie, dann wird jeder Wirtschaftskalkül schlechthin unmöglich.

Die sozialistische Gemeinschaft wird sich freilich zu helfen wissen. Sie wird ein Machtwort sprechen und sich für oder gegen den geplanten Bau entscheiden. Doch diese Entscheidung wird bestenfalls auf Grund vager Schätzungen erfolgen; niemals wird sie auf der Grundlage eines genauen Wertkalküls aufgebaut sein.

Die statische Wirtschaft vermag ohne Wirtschaftsrechnung auszukommen. Hier wiederholt sich im Wirtschaftlichen ja nur immer wieder dasselbe, und wenn wir annehmen, daß die erste Einrichtung der statischen sozialistischen Wirtschaft auf Grund der letzten Ergebnisse der freien Wirtschaft erfolgt, dann könnten wir uns ja allenfalls eine wirtschaftlich rationell geleitete sozialistische Produktion vorstellen. Doch das ist eben nur in Gedanken möglich. Ganz abgesehen davon, daß es statische Wirtschaft im Leben nie geben kann, da sich die Daten immerfort verändern, so daß die Statik des Wirtschaftens nur eine — wenn auch für unser Denken und für die Ausbildung unserer Erkenntnis vom Wirtschaftlichen notwendige — gedankliche Annahme ist, der im Leben kein Zustand entspricht, müssen wir doch annehmen, daß der Uebergang zum Sozialismus schon infolge der Ausgleichung der Einkommensunterschiede und der durch sie bedingten Verschiebungen im Verbrauch und mithin auch in der Erzeugung alle Daten derart verändert, daß die Anknüpfung an den letzten Zustand der freien Wirtschaft unmöglich ist. Dann aber haben wir eine sozialistische Wirtschaftsordnung vor uns, die im Ozean der möglichen und denk-

baren Wirtschaftskombinationen ohne die Bussole der Wirtschaftsrechnung umherfährt.

Jede wirtschaftliche Veränderung wird so im sozialistischen Gemeinwesen zu einem Unternehmen, dessen Erfolg weder im vorhinein abgeschätzt noch auch später rückschauend festgestellt werden kann. Alles tappt hier im Dunkeln. Sozialismus ist Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft.

III. Haben wir es wirklich mit notwendigen Folgen des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln zu tun? gibt es keinen Weg, auf dem man mit der Gemeinwirtschaft eine Art der Wirtschaftsrechnung verbinden könnte?

In jedem größeren Unternehmen sind die einzelnen Betriebe oder Betriebsabteilungen in der Verrechnung bis zu einem gewissen Grade selbständig. Sie verrechnen gegenseitig Materialien und Arbeit, und es ist jederzeit möglich, für jede einzelne Gruppe eine besondere Bilanz aufzustellen und die wirtschaftlichen Ergebnisse ihrer Tätigkeit rechnerisch zu erfassen. Man vermag auf diese Weise festzustellen, mit welchem Erfolg jede einzelne Abteilung gearbeitet hat und darnach Entschlüsse über die Umgestaltung, Einschränkung, Auflassung oder Erweiterung bestehender Gruppen und über die Einrichtung neuer zu fassen. Gewisse Fehler sind bei solchen Berechnungen freilich unvermeidlich. Sie rühren zum Teil von den Schwierigkeiten her, die sich bei der Aufteilung der Generalunkosten ergeben. Andere Fehler wieder entstehen aus der Notwendigkeit, in mancher Hinsicht mit nicht genau ermittelbaren Daten zu rechnen, z. B. wenn man bei Ermittlung der Rentabilität eines Verfahrens die Amortisation der verwendeten Maschinen unter Annahme einer bestimmten Dauer ihrer Verwendungsfähigkeit berechnet. Doch alle derartigen Fehler können innerhalb gewisser enger Grenzen gehalten werden, so daß sie das Gesamtergebnis der Rechnung nicht stören. Was an Ungewißheit übrig bleibt, kommt auf Rechnung der Ungewißheit zukünftiger Verhältnisse, die im dynamischen Zustande der Volkswirtschaft notwendig gegeben ist.

Es scheint nun nahezu liegen, in analoger Weise es auch im sozialistischen Gemeinwesen mit selbständiger Verrechnung der einzelnen Produktionsgruppen zu versuchen. Doch das ist ganz und gar unmöglich. Denn jene selbständige Verrechnung

der einzelnen Zweige eines und desselben Unternehmens beruht ausschließlich darauf, daß eben im Marktverkehr für alle Arten von verwendeten Gütern und Arbeiten Marktpreise gebildet werden, die zur Grundlage der Rechnung genommen werden können. Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung.

Man könnte etwa daran denken, zwischen den einzelnen Betriebsgruppen den Austausch zuzulassen; um auf diesem Wege zur Bildung von Austauschverhältnissen (Preisen) zu gelangen und so eine Grundlage für die Wirtschaftsrechnung auch im sozialistischen Gemeinwesen zu schaffen. Man konstituiert im Rahmen der einheitlichen Wirtschaft, die kein Sondereigentum an den Produktionsmitteln kennt, die einzelnen Arbeitsgruppen als selbständig Verfügungsberechtigte, die sich zwar nach den Weisungen der obersten Wirtschaftsleitung zu benehmen haben, sich jedoch gegenseitig Sachgüter und Arbeitsleistungen nur gegen Entgelt, das in einem allgemeinen Tauschmittel zu leisten wäre, überweisen. So ungefähr stellt man sich wohl die Einrichtung des sozialistischen Betriebes der Produktion vor, wenn man heute von Vollsozialisierung u. dgl. spricht. Aber wieder kommt man dabei um den entscheidenden Punkt nicht herum. Austauschverhältnisse der Produktivgüter können sich nur auf dem Boden des Sondereigentums an den Produktionsmitteln bilden. Wenn die „Kohlengemeinschaft“ an die „Eisengemeinschaft“ Kohle liefert, kann sich kein Preis bilden, es wäre denn, die beiden Gemeinschaften seien Eigentümer der Produktionsmittel ihrer Betriebe. Das wäre aber keine Sozialisierung, sondern Arbeiterkapitalismus und Syndikalismus.

Für den auf dem Boden der Arbeitswerttheorie stehenden sozialistischen Theoretiker steht die Sache freilich recht einfach. »Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen

der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. . . . Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten „Werts“<sup>7)</sup>.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die kritischen Einwände gegen die Arbeitswerttheorie noch einmal vorzubringen. Sie können uns in diesem Zusammenhange nur insoweit interessieren, als sie für die Beurteilung der Verwendbarkeit der Arbeit für die Wertrechnung eines sozialistischen Gemeinwesens von Belang sind.

Die Arbeitsrechnung berücksichtigt dem ersten Anschein nach auch die natürlichen, außerhalb des Menschen gelegenen Bedingungen der Produktion. Im Begriff der gesellschaftlich notwendigen durchschnittlichen Arbeitszeit wird schon das Gesetz vom abnehmenden Ertrag soweit berücksichtigt, als es wegen der Verschiedenheit der natürlichen Produktionsbedingungen wirksam wird. Steigt die Nachfrage nach einer Ware und müssen daher schlechtere natürliche Produktionsbedingungen zur Ausbeutung herangezogen werden, dann steigt auch die zur Erzeugung einer Einheit durchschnittlich benötigte gesellschaftliche Arbeitszeit. Gelingt es, günstigere natürliche Produktionsbedingungen ausfindig zu machen, dann sinkt das gesellschaftlich benötigte Arbeitsquantum<sup>8)</sup>. Diese Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen der Produktion reicht aber nur genau so weit, als sie sich in Veränderungen der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge äußert. Darüber hinaus versagt die Arbeitsrechnung. Sie läßt den Verbrauch an sachlichen Produktionsfaktoren ganz außer acht. Die zur Erzeugung der beiden Waren P und Q erforderliche gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit betrage je 10 Stunden. Zur Erzeugung

<sup>7)</sup> Vgl. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 7. Aufl. Stuttgart 1910, S. 335 f.

<sup>8)</sup> Vgl. Marx, Das Kapital. I. Bd. 7. Aufl. Hamburg 1914, S. 5 ff.

sowohl einer Einheit von P als auch einer Einheit von Q. sei außer der Arbeit auch das Material a, von dem eine Einheit in einer Stunde gesellschaftlich notwendiger Arbeit erzeugt wird, zu verwenden, und zwar benötigt man zur Erzeugung von P zwei Einheiten von a und überdies 8 Arbeitsstunden, für die Erzeugung von Q eine Einheit von a und überdies 9 Arbeitsstunden. In der Arbeitsrechnung erscheinen P und Q als Äquivalente, in der Wertrechnung müßte P höher bewertet werden als Q. Jene ist falsch, diese allein entspricht dem Wesen und dem Zwecke der Rechnung. Es ist wahr, daß dieses Mehr, um das die Wertrechnung P höher stellt als Q, dieses materielle Substrat »ohne Zutun des Menschen von Natur aus vorhanden ist«<sup>9)</sup>. Doch wenn es nur in einer solchen Menge vorhanden ist, daß es ein Gegenstand der Bewirtschaftung wird, muß es auch in irgendeiner Form in die Wertrechnung eingehen.

Der zweite Mangel der Arbeitsrechnung ist die Nichtberücksichtigung der verschiedenen Qualität der Arbeit. Für Marx ist alle menschliche Arbeit ökonomisch von gleicher Art, weil sie immer »produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.« ist. »Komplizierte Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit ist. Daß diese Reduktion beständig vor sich geht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar«<sup>10)</sup>. Böhm-Bawerk hat nicht unrecht, wenn er diese Argumentation »ein theoretisches Kunststück von verblüffender Naivität« nennt<sup>11)</sup>. Man kann es für die Beurteilung von Marxens Behauptung füglich dahin gestellt sein lassen, ob es möglich ist, ein einheitliches physiologisches Maß aller menschlichen Arbeit — der physischen sowohl als auch der sogenannten geistigen — zu finden. Denn fest steht, daß unter den Menschen selbst Verschiedenheiten der Fähigkeiten und Geschicklichkeiten bestehen, die es mit sich bringen, daß die Arbeitsprodukte

<sup>9)</sup> Ebendort S. 9.

<sup>10)</sup> Ebendort S. 10 f.

<sup>11)</sup> Vgl. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins. 3. Aufl. I. Abt. Innsbruck 1914, S. 531.

und Arbeitsleistungen verschiedene Qualität haben. Das, was für die Entscheidung der Frage, ob die Arbeitsrechnung als Wirtschaftsrechnung verwendbar ist, den Ausschlag geben muß, ist, ob es möglich ist, verschiedenartige Arbeit ohne das Zwischenglied der Bewertung ihrer Produkte durch die wirtschaftenden Subjekte auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Der Beweis, den Marx dafür zu erbringen sucht, ist mißlungen. Die Erfahrung zeigt wohl, daß die Waren ohne Rücksicht darauf, ob sie Produkte einfacher oder komplizierter Arbeit sind, in Austauschverhältnisse gesetzt werden. Doch dies wäre nur dann ein Beweis dafür, daß bestimmte Mengen einfacher Arbeit unmittelbar bestimmten Mengen komplizierter Arbeit gleichgesetzt werden, wenn es ausgemacht wäre, daß die Arbeit die Quelle des Tauschwertes ist. Das ist aber nicht nur nicht ausgemacht, sondern gerade das, was Marx mit jenen Ausführungen erst beweisen will.

Daß im Tauschverkehr sich im Lohnsatz ein Substitutionsverhältnis zwischen einfacher und komplizierter Arbeit herausgebildet — worauf Marx in jener Stelle nicht anspielt — ist ebensowenig ein Beweis für diese Gleichartigkeit. Diese Gleichsetzung ist ja ein Ergebnis des Marktverkehrs, nicht seine Voraussetzung. Die Arbeitsrechnung müßte für die Substitution der komplizierten Arbeit durch einfache Arbeit ein willkürliches Verhältnis festsetzen, was ihre Verwendbarkeit für die Wirtschaftsführung ausschließt.

Man hat lange gemeint, die Arbeitswerttheorie sei für den Sozialismus notwendig, um die Forderung nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ethisch zu begründen. Wir wissen heute, daß dies ein Irrtum ist. Wenn auch die Mehrzahl ihrer sozialistischen Anhänger sie in dieser Weise verwendet hat, und wenn selbst auch Marx sich, wiewohl er grundsätzlich einen anderen Standpunkt einnahm, von diesem Mißgriff nicht ganz frei zu halten vermochte, so ist doch klar, daß einerseits das politische Verlangen nach Einführung der sozialistischen Produktionsweise weder einer Unterstützung durch die Arbeitswerttheorie bedarf, noch auch eine Unterstützung von dieser Lehre erhalten kann, und daß andererseits auch diejenigen, die eine andere Anschauung über das Wesen und den Ursprung des wirtschaftlichen Wertes vertreten, der Gesinnung nach Sozialisten sein können. Doch in einem anderen Sinn, als man

es gewöhnlich meint, ist die Arbeitswerttheorie eine innere Notwendigkeit für die, die die sozialistische Produktionsweise befürworten. Sozialistische Produktion im großen könnte rationell nur durchführbar erscheinen, wenn es eine objektiv erkennbare Wertgröße geben würde, die die Wirtschaftsrechnung auch in der verkehr- und geldlosen Wirtschaft ermöglichen würde. Als solche könnte aber denkbarerweise nur die Arbeit in Betracht kommen.

IV. In engem Zusammenhang mit dem Problem der Wirtschaftsrechnung steht das der Verantwortung und der Initiative im gemeinwirtschaftlichen Betrieb. Daß «die Ausschaltung freier Initiative und individueller Verantwortungsbereitschaft, auf denen die Erfolge privater Geschäftsführung beruhen» die schlimmste Gefahr für die gemeinwirtschaftlichen Organisationen bilden, wird nun allgemein zugegeben<sup>12)</sup>.

Die meisten Sozialisten gleiten über dieses Problem mit Stillschweigen hinweg. Andere wieder glauben es mit dem Hinweis auf die Direktoren der Aktiengesellschaften erledigen zu können. Diese seien ja auch nicht Eigentümer der Produktionsmittel, und doch blühten die Unternehmungen unter ihrer Leitung. Wenn an Stelle der Aktionäre die Gesellschaft in das Eigentum der Produktionsmittel trete, werde sich nichts ändern. Die Direktoren würden für die Gesellschaft nicht schlechter arbeiten als für Rechnung der Aktionäre.

Wir müssen zwei Gruppen von Aktiengesellschaften und ähnlichen Unternehmungen unterscheiden. Bei den einen — es sind dies meist nur die kleineren Gesellschaften — sind in der Rechtsform der Aktiengesellschaft einige wenige Personen — oft sind es die Erben des Gründers der Unternehmung, oft auch frühere Konkurrenten, die sich nun zusammengeschlossen haben, — zu gemeinsamer Unternehmungstätigkeit verbunden. Die eigentliche Leitung und Führung der Geschäfte liegt hier in den Händen der Aktionäre selbst oder zumindest eines Teiles der Aktionäre, die im eigenen Interesse und in dem ihnen verwandtschaftlich nahestehender Aktionäre — Frauen, Minderjähriger usw. — die Geschäfte führen. Sie nehmen als Vorstands-

<sup>12)</sup> Vgl. Vorläufiger Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Abgeschlossen am 15. Februar 1919. Berlin 1919, S. 13.

oder Aufsichtsratsmitglieder, als Direktoren, mitunter auch in juristisch bescheidener Stellung, selbst den maßgebenden Einfluß auf den Betrieb der Geschäfte. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß sich mitunter ein Teil des Aktienkapitales in den Händen eines Finanzkonsortiums oder einer Bank befindet. Hier unterscheidet sich die Aktiengesellschaft von der offenen Handelsgesellschaft in der Tat nur durch die Rechtsform.

Bei den großen Aktiengesellschaften liegt die Sache anders. Hier nimmt nur ein Teil der Aktionäre — Großaktionäre — an der eigentlichen Leitung der Unternehmung teil. Diese haben in der Regel das gleiche Interesse an dem Gedeihen der Unternehmung wie jeder Eigentümer. Doch es kann geschehen, daß sie andere Interessen haben als die große Menge der kleinen Aktionäre, die, auch wenn sie die Mehrheit des Aktienkapitales besitzen, von der Leitung ausgeschlossen sind. Dann kann es zu schweren Kollisionen kommen, wenn etwa die Geschäfte der Unternehmung im Interesse der Leiter in einer Weise geführt werden, die die Aktionäre benachteiligt. Aber wie dem auch sei, klar ist es, daß die wirklichen Machthaber in den Gesellschaften die Geschäfte in ihrem eigenen Interesse führen, mag dies mit dem der Aktionäre zusammenfallen oder nicht. Für den soliden Verwalter einer Aktiengesellschaft, der nicht bloß einen vorübergehenden Gewinn machen will, wird es auf die Dauer im allgemeinen vorteilhaft sein, immer nur das Interesse der Aktionäre zu vertreten und Manipulationen, die sie schädigen können, zu unterlassen. Das gilt in erster Linie von den Banken und Finanzgruppen, die beim Publikum den Emissionskredit, den sie genießen, nicht aufs Spiel setzen wollen. Es sind also nicht nur ethische Motive maßgebend, wenn die Aktiengesellschaften blühen.

Das alles wird anders, wenn ein Unternehmen verstaatlicht wird. Mit der Ausschaltung der materiellen Interessen Privater verschwindet die bewegende Kraft, und wenn staatliche und städtische Unternehmungen wirtschaftlich überhaupt gedeihen, so verdanken sie dies der Herübernahme von Einrichtungen aus privaten Unternehmungen oder dem Umstande, daß sie durch die Unternehmer, bei denen sie Produktionsmittel und Rohstoffe einkaufen, immer wieder zu Reformen und Neuerungen getrieben werden.

Daß von gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen kein Antrieb zu Reformen und Verbesserungen der Produktion ausgeht, daß sie sich den wechselnden Verhältnissen des Bedarfes nicht anzupassen vermögen, daß sie mit einem Wort ein totes Glied im Organismus der Volkswirtschaft darstellen, ist nun, da wir auf Jahrzehnte staats- und kommunalsozialistischer Versuche zurückzublicken in der Lage sind, allgemein anerkannt. Alle Versuche, ihnen Leben einzuhauchen, sind bis nun vergebens geblieben. Man hat gemeint, es durch Besoldungsreformen erreichen zu können. Man wollte die Leiter dieser Unternehmungen am Ertrag interessieren und dachte, daß man sie so den Leitern großer Aktiengesellschaften gleichstellen werde. Das ist ein großer Irrtum. Die Leiter der großen Aktiengesellschaften sind mit den Interessen der von ihnen verwalteten Unternehmungen in ganz anderer Weise verknüpft als dies bei öffentlichen Betrieben je der Fall sein kann. Sie sind entweder schon Besitzer eines nicht unbeträchtlichen Teiles des Aktienkapitals oder hoffen, es im Laufe der Zeit zu werden. Sie sind weiter in der Lage, durch Börsenspiel in den Werten ihres Unternehmens Gewinn zu erzielen. Sie haben die Aussicht, ihre Stelle zu vererben oder doch wenigstens ihren Erben einen Teil ihres eigenen Einflusses zu sichern. Nicht der behäbige, in seiner Denkungsart und seinem Empfinden dem öffentlichen Beamten einigermaßen ähnelnde Generaldirektor ist der Typus, dem die in Aktienform betriebenen Unternehmungen ihre Erfolge danken, vielmehr der durch Aktienbesitz interessierte Leiter und der Promoter und Faiseur, gerade jene also, die auszuschalten das Ziel aller Verstaatlichungs- und Verstadtlichungsaktionen ist.

Es ist überhaupt nicht folgerichtig im sozialistischen Sinn gedacht, wenn man zu solchen Auskunftsmitteln greift, um das Gedeihen einer Wirtschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage zu sichern. Aller Sozialismus — auch der Karl Marxens und seiner orthodoxen Anhänger — geht von der Auffassung aus, daß im sozialistischen Gemeinwesen ein Gegensatz zwischen den Interessen der einzelnen und denen der Gesamtheit gar nicht werde entstehen können. Jeder werde sich schon im eigenen Interesse bemühen, sein Bestes zu leisten, da er auch am Ertrag der ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit beteiligt sei. Der naheliegende Einwand, daß es für den einzelnen nur sehr wenig ins Gewicht fällt, ob er selbst fleißig und eifrig ist, daß es für ihn

wichtiger ist, daß alle anderen es sind, wird von ihnen entweder gar nicht oder in unzulänglicher Weise berücksichtigt. Sie glauben, auf dem kategorischen Imperativ allein das sozialistische Gemeinwesen aufbauen zu können. Wie leicht sie es sich dabei zu machen pflegen, zeigt wohl am besten Kautsky, der die Behauptung aufstellt: »Ist der Sozialismus eine gesellschaftliche Notwendigkeit, dann wäre, wenn er in Konflikt mit der Menschennatur käme, diese es, die den Kürzeren ziehen würde, und nicht der Sozialismus«<sup>13)</sup>. Das ist reinster Utopismus.

Aber setzen wir selbst den Fall, daß diese utopischen Erwartungen der Sozialisten sich wirklich erfüllen könnten, daß im sozialistischen Gemeinwesen jeder einzelne sich bemühen werde, mit nicht minderem Eifer tätig zu sein als heute dort, wo er unter dem Drucke des freien Wettbewerbes steht, dann bleibt erst das Problem zu lösen, woran man denn im sozialistischen Gemeinwesen, das keine Wirtschaftsrechnung kennen wird, den Erfolg der wirtschaftlichen Tätigkeit messen wird. Wenn man sich über die Wirtschaftlichkeit nicht klar zu werden vermag, kann man nicht wirtschaftlich handeln.

Ein beliebtes Schlagwort meint, man müßte in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben weniger bürokratisch und mehr kaufmännisch denken, dann würden sie geradeso wirtschaftlich arbeiten wie die privaten Unternehmungen. Die leitenden Stellen müßten mit Kaufleuten besetzt werden, dann werde der Ertrag gleich wachsen. Doch das »Kaufmännische« ist keineswegs etwas äußerliches, das nach Belieben übertragen werden kann. Die Kaufmannsqualität ist keine Eigenschaft einer Person, die auf angeborener Begabung beruht oder durch Studien an einer Handelslehranstalt, durch Mitarbeit in einem Handelshause oder dadurch, daß man selbst eine Zeitlang Unternehmer gewesen ist, erworben wird. Das kaufmännische Denken und Arbeiten des Unternehmers entspringt seiner Stellung im Wirtschaftsprozeß und geht mit ihr verloren. Wenn man einen erfolgreichen Unternehmer zum Leiter eines gemeinwirtschaftlichen Betriebes bestellt, dann mag er gewisse Erfahrungen aus seiner früheren Stellung mitbringen und eine Zeitlang noch routinemäßig verwerten können. Doch mit seinem Eintritt in die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit hört er auf, Kaufmann zu sein und wird

<sup>13)</sup> Vgl. Kautsky, Vorrede zu *Atlanticus* (Ballod), Produktion und Konsum im Sozialstaat. Stuttgart 1898, S. XIV.

Bureaukrat wie jeder andere Angestellte des öffentlichen Dienstes. Nicht Kenntnis der Buchhaltung, der Betriebsorganisation und des kaufmännischen Briefstils, nicht die Absolvierung einer Handelshochschule machen den Kaufmann aus, sondern seine charakteristische Stellung im Produktionsprozeß, die das Interesse des Unternehmens mit seinen eigenen Interessen zusammenfallen läßt. Es ist daher keine Lösung des Problems, wenn Otto Bauer in seiner jüngst veröffentlichten Schrift vorschlägt, die Leiter der nationalen Zentralbank, der die Führung im Wirtschaftsprozeß übertragen werden soll, durch ein Kollegium namhaft machen zu lassen, dem auch Vertreter des Lehrkörpers der Handelshochschulen anzugehören hätten<sup>14)</sup>. Die so berufenen Direktoren mögen die Weisesten und Besten sein gleich den Philosophen des Plato, Kaufleute können sie in ihren Stellungen als Leiter eines sozialistischen Gemeinwesens nie sein, auch wenn sie es früher gewesen sein sollten.

Allgemein ist die Klage, daß den Leitungen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen die Initiative fehlt. Man glaubt, daß man dies durch Aenderungen in der Organisation beheben könnte. Auch dies ist ein schwerer Irrtum. Man kann in einem gemeinwirtschaftlichen Betrieb die Führung nicht ganz in die Hand eines Mannes legen, weil man fürchten muß, daß er Fehler begehen wird, die der Gemeinschaft schweren Schaden zufügen werden. Macht man aber die entscheidenden Entschlüsse von Abstimmungen in Kollegien oder von der Zustimmung vorgesetzter Stellen abhängig, dann werden eben der Initiative der einzelnen Schranken gesetzt. Kollegien sind selten geneigt, kühne Neuerungen einzuführen. Das Fehlen freier Initiative im öffentlichen Betrieb beruht nicht auf Mängeln der Organisation; es ist im Wesen dieses Betriebes begründet. Es geht nicht an, einem Beamten, und sei er noch so hoch gestellt, die freie Verfügung über Produktionsmittel zu übertragen, und zwar um so weniger, je stärker man ihn materiell am guten Ausgang seiner Tätigkeit interessiert. Denn für Verluste kann man den vermögenslosen Leiter praktisch immer nur in moralischer Weise zur Verantwortung ziehen. Der materiellen Gewinnchance stehen also lediglich moralische Verlustchancen gegenüber. Der Eigentümer hingegen trägt selbst Verantwortung, weil er den

<sup>14)</sup> Vgl. Bauer, Der Weg zum Sozialismus. Wien 1919, S. 25.  
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 47. 1.

Schaden, der durch fehlgeschlagene Unternehmungen entsteht, in erster Reihe selbst zu spüren bekommt. Darin gerade liegt ja der charakteristische Unterschied zwischen liberaler und sozialistischer Produktionsweise.

V. Seit die jüngsten Ereignisse in Rußland, Ungarn, Deutschland und Oesterreich sozialistischen Parteien zur Macht verholfen und damit die Durchführung des sozialistischen Vergesellschaftungsprogramms in unmittelbare Nähe gerückt haben, haben auch die marxistischen Schriftsteller angefangen, sich mit den Problemen der Einrichtung des sozialistischen Gemeinwesens näher zu befassen. Aber auch jetzt weichen sie den Kernfragen noch immer behütsam aus, es den verachteten »Utopisten« überlassend, sich mit ihnen zu beschäftigen. Sie selbst ziehen es vor, sich auf das zu beschränken, was zunächst zu tun ist; sie bringen immer nur Programme über den Weg zum Sozialismus, nicht über den Sozialismus selbst. Nur das eine können wir aus allen diesen Schriften ersehen, daß ihnen das große Problem der Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Staat in keiner Weise zum Bewußtsein gekommen ist.

Als letzter und entscheidender Schritt zur Durchführung des sozialistischen Vergesellschaftungsprogrammes erscheint Otto Bauer die Vergesellschaftung der Banken. Sind alle Banken vergesellschaftet und zu einer einzigen Zentralbank verschmolzen, dann wird ihr Verwaltungsrat »zur obersten wirtschaftlichen Behörde, zum höchsten leitenden Organ der ganzen Volkswirtschaft. Erst durch die Vergesellschaftung der Banken gewinnt die Gesellschaft die Macht, ihre Arbeit planmäßig zu leiten, planmäßig auf die einzelnen Zweige der Produktion zu verteilen, planmäßig dem Bedarf des Volkes anzupassen«<sup>15)</sup>. Von der Geldordnung, die im sozialistischen Gemeinwesen nach Durchführung der Vergesellschaftung der Banken herrschen soll, ist bei Bauer nicht die Rede. Gleich anderen Marxisten sucht er zu zeigen, wie einfach und selbstverständlich sich die künftige sozialistische Gesellschaftsordnung aus den Verhältnissen des entwickelten Kapitalismus heraus entfaltet. »Es genügt, die Macht, die heute die Aktionäre der Banken durch die von ihnen gewählten Verwaltungsräte ausüben, den Vertretern der Volksgesamtheit zu übertragen«<sup>16)</sup>, um die Banken zu so-

<sup>15)</sup> Vgl. Bauer a. a. O. S. 26 f.

<sup>16)</sup> Ebendort S. 25.

zialisieren und damit den Schlußstein zum Gebäude des Sozialismus zu setzen. Bauer läßt seine Leser dabei völlig im Unklaren darüber, daß das Wesen der Banken sich durch die Vergesellschaftung und Verschmelzung zu einer einzigen Zentralbank vollständig verändert. Sind einmal alle Banken in einer einzigen Bank aufgegangen, dann ist ihr Wesen ganz umgestaltet; sie sind dann in der Lage, ohne jede Beschränkung Umlaufsmittel auszugeben. Damit wird die Geldordnung, wie wir sie heute haben, von selbst beseitigt<sup>17)</sup>. Wenn aber überdies die einzige Zentralbank auch in einem auch schon sonst völlig sozialistischen Gemeinwesen vergesellschaftet wird, dann wird der Marktverkehr beseitigt und jeder Tauschverkehr aufgehoben. Dann hört die Bank auf, Bank zu sein, ihre spezifischen Funktionen erlöschen, weil für sie in einer solchen Gesellschaft überhaupt kein Platz mehr ist. Es mag sein, daß der Name Bank beibehalten wird, daß die oberste Wirtschaftsleitung des sozialistischen Gemeinwesens Bankdirektion genannt wird und daß sie ihren Sitz in einem Gebäude aufschlägt, das früher von einer Bank eingenommen wurde. Aber eine Bank ist sie dann nicht mehr, sie erfüllt keine jener Funktionen, die die Banken in der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln und dem Gebrauch eines allgemeinen Tauschvermittlers, des Geldes, beruhenden Wirtschaftsordnung erfüllen. Sie erteilt keine Kredite mehr, weil es im sozialistischen Gemeinwesen begreiflich keine Kredite geben kann. Bauer selbst sagt nicht, was eine Bank sei, aber er leitet in seiner Schrift das Kapitel über die Vergesellschaftung der Banken mit den Sätzen ein: »Alle verfügbaren Kapitalien . . . fließen bei den Banken zusammen«<sup>18)</sup>. Müßte er sich nicht als Marxist die Frage vorlegen; was denn die Tätigkeit der Banken nach Aufhebung des Kapitalverhältnisses sein wird?

Aehnlicher Unklarheit machen sich auch alle anderen Schriftsteller schuldig, die sich mit den Problemen der Einrichtung des sozialistischen Gemeinwesens befassen. Sie sehen nicht, daß durch Ausschaltung des Austausches und der Preisbildung des Marktes die Grundlagen der Wirtschaftsrechnung beseitigt werden, und daß man an ihre Stelle etwas anderes setzen müßte,

<sup>17)</sup> Vgl. Mises a. a. O. S. 474 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. Bauer a. a. O. S. 24.

wenn nicht alle Wirtschaft aufgehoben werden und ein völliges Chaos eintreten soll. Man glaubt, daß die sozialistischen Institutionen sich ohne weiteres aus denen der privatkapitalistischen Wirtschaft herausbilden könnten. Das trifft in keinem Falle zu. Geradezu grotesk aber wird dies, wenn man von Banken, einer Bankleitung u. dgl. im sozialistischen Gemeinwesen spricht.

Der Hinweis auf die Verhältnisse, die sich in Großrußland und Ungarn unter der Herrschaft der Sowjets herausgebildet haben, besagt gar nichts. Was wir dort sehen, ist nichts anderes als das Bild der Vernichtung einer bestehenden Ordnung der gesellschaftlichen Produktion, an deren Stelle die geschlossene bäuerliche Hauswirtschaft tritt. Alle auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruhenden Produktionszweige befinden sich in voller Auflösung. Was unter der Herrschaft von Lenin und Trotzki vorgeht, ist nichts als Zerstörung und Vernichtung. Ob Sozialismus notwendigerweise diese Folgen nach sich ziehen muß, wie die Liberalen meinen, oder ob dies nur eine Folge des Umstandes ist, daß die Sowjetrepublik vom Auslande bekämpft wird, wie die Sozialisten behaupten, ist eine Frage, die uns hier nicht interessiert. Festzustellen ist nur, daß das sozialistische Gemeinwesen der Räteherrschaft das Problem der Wirtschaftsrechnung gar nicht berührt hat und auch keine Veranlassung hatte, es zu berühren. Denn dort, wo im Sowjetrußland trotz aller Verbote der Regierung noch überhaupt für den Markt produziert wird, wird auch in Geld gerechnet, weil soweit noch Sondereigentum an den Produktionsmitteln besteht und Waren gegen Geld verkauft werden. Auch die Regierung kann sich dem nicht entziehen, ja sie bestätigt dadurch, daß sie selbst die Menge des umlaufenden Geldes vermehrt, die Notwendigkeit, die Geldordnung wenigstens für die Zeit des Ueberganges festzuhalten.

Daß das Wesen des Problems, um das es sich handelt, im Sowjetstaat noch nicht sichtbar zutage getreten ist, zeigen am besten die Darlegungen Lenins in seiner Schrift über »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«. In den Ausführungen des Diktators kehrt der Gedanke immer wieder, daß die nächste und dringendste Aufgabe des russischen Kommunismus »die Organisation der Rechnungslegung und der Kontrolle in den Betrieben, in denen bereits die Kapitalisten expropriert sind, und in allen

übrigen Wirtschaftsbetrieben« sei <sup>19)</sup>. Doch Lenin ist weit davon entfernt, zu erkennen, daß es sich hier um ein ganz neues Problem handelt, das man nicht mit den geistigen Mitteln der »bürgerlichen« Kultur zu lösen vermag. Als echter Realpolitiker denkt er nicht über die Aufgaben des nächsten Tages hinaus. Er sieht um sich herum noch immer den Geldverkehr und merkt nicht, daß mit dem Fortschreiten der Sozialisierung auch das Geld seine Stellung als allgemein gebräuchliches Tauschmittel so weit verlieren muß, als das Sondereigentum und mit ihm der Tausch verschwindet. Die »bürgerliche« Buchführung, die in Geld rechnet, will Lenin in die Sowjetbetriebe wieder einführen, das ist der Sinn seiner Ausführungen. Darum will er ja auch die »bürgerlichen Fachleute« wieder in Gnaden aufnehmen <sup>20)</sup>. Im übrigen bemerkt Lenin ebensowenig wie Bauer, daß im sozialistischen Gemeinwesen die Funktion der Banken in ihrem gegenwärtigen Sinn nicht denkbar ist. Er will »die Verstaatlichung der Banken« weiter fortsetzen und »zur Verwandlung der Banken in Knotenpunkte der gesellschaftlichen Buchhaltung unter dem Sozialismus« schreiten <sup>21)</sup>.

Ueberhaupt sind die Vorstellungen Lenins von der Wirtschaft des Sozialismus, der er sein Volk zuzuführen bestrebt ist, recht unklar. »Der sozialistische Staat«, meint er, »kann nur entstehen als ein Netz von produktiv-konsumierenden Kommunen, die gewissenhaft ihre Produktion und ihren Konsum buchen, mit der Arbeit ökonomisch umgehen, die Produktivität der Arbeit unentwegt steigern und dadurch die Möglichkeit erzielen, den Arbeitstag bis auf sieben, bis auf sechs Stunden und auf noch weniger herabzusetzen« <sup>22)</sup>. »Jede Fabrik, jedes Dorf erscheint als eine produktiv-konsumierende Kommune, die das Recht und die Verpflichtung hat, auf ihre Art die allgemeinen Sowjetgesetzbestimmungen anzuwenden (auf ihre Art, nicht im Sinne ihrer Verletzung, sondern im Sinne der Verschiedenheit ihrer Durchführungsformen im Leben) und auf ihre Art das Problem der Berechnung der Produktion und der Verteilung der Erzeug-

<sup>19)</sup> Vgl. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Berlin 1918, S. 12 f., 22 ff.

<sup>20)</sup> Ebendort S. 15.

<sup>21)</sup> Ebendort S. 21 und 26. Vgl. auch Bucharin, Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki). Zürich 1918, S. 27 ff.

<sup>22)</sup> Vgl. Lenin a. a. O. S. 24 f.

nisse zu lösen<sup>23)</sup>. »Die Musterkommunen müssen und werden den zurückgebliebenen Kommunen als Erzieher, Lehrer und Antreiber dienen.« Man wird die Erfolge der Musterkommunen in allen Einzelheiten bekanntmachen, damit das gute Beispiel wirke. Die Kommunen, die gute »Geschäftsergebnisse der Wirtschaft« aufweisen, werde man »durch Verkürzung einer bestimmten Zeit des Arbeitstages, durch Erhöhung des Verdienstes, durch Ueberlassung einer größeren Quantität an kulturellen und ästhetischen Gütern und Werten usw.« unverzüglich belohnen<sup>24)</sup>.

Man ersieht daraus, daß Lenins Ideal ein Gesellschaftszustand ist, in dem die Produktionsmittel Eigentum des ganzen Gemeinwesens, nicht das Eigentum einzelner Bezirke, Gemeinden oder gar der Arbeiter des Betriebes sind. Sein Ideal ist sozialistisch, nicht syndikalistisch. Das brauchte bei einem Marxisten, wie es Lenin ist, nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Auffällig ist es nicht beim Theoretiker Lenin, sondern beim Staatsmann Lenin, dem Führer der syndikalistischen und kleinbäuerlichen russischen Revolution. Doch wir haben es augenblicklich nur mit dem Schriftsteller zu tun und können sein Ideal für sich betrachten, ohne uns durch das Bild der Wirklichkeit stören zu lassen. Jeder einzelne agrarische oder industrielle Großbetrieb bildet demnach ein Glied der großen Arbeitsgemeinschaft. Die darin Tätigen besitzen das Recht der Selbstverwaltung; sie haben einen weitgehenden Einfluß bei der Einrichtung der Produktion und dann wieder bei der Verteilung der ihnen zum Konsum zugewiesenen Güter. Doch die Arbeitsmittel sind Eigentum der ganzen Gesellschaft, und daher fällt auch das Produkt der Gesellschaft zu, damit sie über seine Verteilung verfüge. Wie nun, muß man jetzt fragen, wird in dem so organisierten sozialistischen Gemeinwesen in der Wirtschaft gerechnet werden? Darauf gibt Lenin nur eine ganz unzulängliche Antwort, indem er auf die Statistik verweist. Man müsse die Statistik »in die Masse tragen, sie volkstümlich machen, damit die Werktätigen allmählich selbst lernen würden, zu verstehen und zu sehen, wie und wieviel man arbeiten muß, wie und wieviel man sich erholen kann, — damit der Vergleich der Geschäftsergebnisse der Wirtschaft von einzelnen Kommunen

<sup>23)</sup> Ebendort S. 32.

<sup>24)</sup> Ebendort S. 33.

zum Gegenstand des allgemeinen Interesses und der Erlernung würde«<sup>26)</sup>. Man kann aus diesen kargen Andeutungen nicht entnehmen, was sich Lenin hier unter Statistik vorstellt, ob er an Geldrechnung oder Naturalrechnung denkt. In jedem Fall müssen wir auf das verweisen, das oben über die Unmöglichkeit, in einem sozialistischen Gemeinwesen Geldpreise der Produktionsgüter zu erkennen, und über die Schwierigkeiten, die der Naturalrechnung entgegenstehen, gesagt wurde<sup>26)</sup>. Für die Wirtschaftsrechnung wäre die Statistik nur dann verwendbar, wenn sie über die Naturalrechnung, deren geringe Eignung für diese Zwecke wir nachgewiesen haben, hinausführen könnte. Das ist natürlich dort, wo kein Austauschverhältnis der Güter im Verkehr gebildet wird, nicht möglich.

Es muß angesichts dessen, was wir in den bisherigen Ausführungen feststellen konnten, auffallen, daß die Vorkämpfer der sozialistischen Produktionsweise für diese gegenüber der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsverfassung den Vorzug größerer Rationalität in Anspruch nehmen. Wir haben uns im Rahmen dieser Arbeit mit dieser Meinung insoweit nicht zu befassen, als sie mit der Behauptung gestützt wird, daß in der liberalen Wirtschaft notwendigerweise die Rationalität des Wirtschaftens keine vollkommene sein könne, weil bestimmte Kräfte wirksam sind, die ihre Durchsetzung behindern. Uns kann in diesem Zusammenhang nur die wirtschaftstechnische Begründung dieser Meinung beschäftigen. Den Vertretern dieser Lehre schwebt ein unklarer Begriff einer technischen Rationalität vor, die zur wirtschaftlichen Rationalität, von der man sich auch keine genaue Vorstellung macht, in einem Gegensatz stehen soll. Man pflegt zu übersehen, daß »alle technische Rationalität der Produktion eins ist mit einer geringen Höhe des spezifischen Aufwandes beim Produzieren«<sup>27)</sup>. Man übersieht, daß die technische Rechnung nicht hinreicht, um den »Grad der Allzweckmäßigkeit und Endzweckmäßigkeit«<sup>28)</sup> eines Vorganges zu erkennen, daß sie immer nur einzelne Vorgänge ihrer Bedeutung nach abzustufen!

<sup>26)</sup> Ebendort S. 33.

<sup>26)</sup> Auch Neurath (vgl. a. a. O. S. 212 f.) legt der Statistik große Bedeutung für die Aufstellung des sozialistischen Wirtschaftsplanes bei.

<sup>27)</sup> Vgl. Gottl a. a. O. S. 220.

<sup>28)</sup> Ebendort S. 218 f.

vermag, uns niemals aber zu jenen Urteilen führt, die durch die wirtschaftliche Gesamtlage erfordert werden. Nur dadurch, daß sich die Technik an der Rentabilität zu orientieren vermag, werden die Schwierigkeiten der Erwägung, die sich aus der Kompliziertheit der Zusammenhänge zwischen dem gewaltigen System der heutigen Produktion einerseits, dem Bedarfe und der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und Wirtschaftseinheiten andererseits, ergeben, überwunden, kann jener Umblick über die Gesamtlage, den das wirtschaftlich rationelle Handeln erfordert, gewonnen werden<sup>29)</sup>.

Es ist die unklare Vorstellung von einem Primat des objektiven Gebrauchswertes, von dem diese Theorien beherrscht sind. In Wahrheit kann der objektive Gebrauchswert für die Wirtschaftsführung nur durch den Einfluß, den er über den subjektiven Gebrauchswert auf die Bildung der Austauschverhältnisse der wirtschaftlichen Güter nimmt, für die Wirtschaft von Bedeutung werden. Eine zweite unklare Vorstellung mischt sich ein: das persönliche Urteil des Beobachters über die Nützlichkeit der Güter, das dem Urteil der am Wirtschaftsverkehr teilnehmenden Menge entgegensteht. Wenn jemand findet, daß es »unrationell« sei, so viel auf Rauchen, Trinken und ähnliche Genüsse aufzuwenden, als in der Volkswirtschaft darauf aufgewendet wird, so hat er von dem Gesichtspunkt seiner persönlichen Wertung zweifellos recht. Doch er übersieht dabei, daß Wirtschaft nur Mittelsuche ist, und daß die Rangordnung der letzten Ziele unbeschadet aller rationellen Erwägungen, die ihre Setzung beeinflussen, Sache des Wollens und nicht des Erkennens ist.

Die Erkenntnis der Tatsache, daß im sozialistischen Gemeinwesen rationelle Wirtschaft nicht möglich ist, kann natürlich weder für noch gegen den Sozialismus sprechen. Wer aus ethischen Gründen für den Sozialismus selbst unter der Voraussetzung einzutreten bereit ist, daß durch das Gemeineigentum an den Produktionsgütern die Versorgung der Menschen mit wirtschaftlichen Gütern erster Ordnung verringert wird, oder wer von asketischen Idealen geleitet den Sozialismus will, wird sich dadurch in seinem Bestreben nicht beeinflussen lassen. Noch weniger wird das jene Kultursozialisten abschrecken können, die wie Muckle vom Sozialismus in erster Reihe »Er-

<sup>29)</sup> Ebendort S. 225.

lösung von der fürchterlichsten aller Barbareien: dem kapitalistischen Rationalismus«<sup>30)</sup> erwarten. Doch wer vom Sozialismus rationelle Wirtschaft erhofft, wird genötigt sein, seine Anschauungen einer Ueberprüfung zu unterziehen.

---

<sup>30)</sup> Vgl. M u c k l e, Das Kulturideal des Sozialismus. München und Leipzig 1919, S. 213. — M u c k l e fordert andererseits wieder »höchste Rationalisierung des Wirtschaftslebens, auf daß die Arbeitszeit verkürzt wird und der Mensch sich wieder auf ein Eiland zurückziehen kann, um den Melodien seines Wesens zu lauschen«, a. a. O. S. 208.